

# SPD-Fraktion fordert Umbau der „Stuttgarter“

## Knipfer wirft der Stadt Geldverschwendung vor

(mti). Wegen der Verzögerungen beim Umbau der Stuttgarter Straßenbahnzüge (AZ berichtete) geraten die Stadtwerke zunehmend unter politischen Druck. Die SPD fordert den unverzüglichen Umbau der Stuttgarter Wagen, die Freie Bürger Union (FBU) spricht bereits von „Verschwendung von Steuergeldern“ und greift dabei auch Oberbürgermeister Dr. Peter Menacher an.

Das Thema „Stuttgarter Straßenbahnen“ soll, so der SPD-Fraktionsvorsitzende Klaus Kirchner, bei der nächsten Sitzung im Werkausschuß behandelt werden. Von der Verwaltung könne seiner Meinung nach nicht mehr begründet werden, daß die im März 1991 bestellten und im Juni 1991 gekauften 20 Fahrzeuge noch immer nicht betriebsfertig gemacht werden konnten.

Laut Kirchner gelte auch die Entschuldigung mit Lieferschwierigkeiten oder anderen technischen Problemen nicht, weil diese der Verwaltung schon beim Beschluß zum Kauf hätten bekannt sein müssen. Kirchner verweist hier auf eine Anfrage eines Fraktionskollegen, die seit Mai 1991 bei den Stadtwerken liege. Darin seien die Probleme bereits angesprochen worden. Kirchner pocht jetzt darauf, die 20 Straßenbahnwagen unverzüglich umzubauen und in Betrieb zu nehmen.

Stärkeres Geschütz fährt FBU/FDP-Fraktionschef Hermann Knipfer auf. In einem Brief an den OB kritisiert er, es würden „Hunderttausende von Mark in den Sand gesetzt die Stadt blamiert sich bis auf die Knochen und dazu wird geschwiegen“. Bereits der Beschlußvorschlag für den Kauf der „Stuttgarter“ sei „dilettantisch und nicht sachgerecht vorbereitet“ gewesen. Die Stadtwerke hätten so Knipfer, im Vorfeld alle notwendigen Umbaumaßnahmen an den Wagen und vor allem die dadurch entstehenden Kosten ermitteln müssen. Dies habe man aber nicht getan, sondern nur argumentiert, der Kauf der Wagen sei eine „preiswerte und kurzfristig realisierbare“ Möglichkeit, Engpässe im Wagenpark zu überbrücken. Knipfer: „Ich frage mich schon was die Stadtwerke unter preiswert und kurzfristig verstehen. Mit Sicherheit etwas anderes als ich oder ein normal denkender Mitbürger.“

In diesem Zusammenhang weist Knipfer den OB auch auf die Allgemeine Geschäftsweisung (AGA) hin, „auf die Sie sich immer beziehen, wenn ein Bediensteter Sie ärgert“. Dort sei geregelt, daß der OB als Leiter der Verwaltung die Verantwortung für die Geschäftsführung der Verwaltung trage: „Das heißt nichts anderes, als daß der Oberbürgermeister dann persönlich haftet, wenn seine Verwaltung Steuergelder verschwendet.“